

Von der Nachhaltigkeit zur Resilienz? Mögliche Diskursveränderung in der Vielfachkrise

11. Juli 2013 Andreas Exner

[via Phase 2, Nr. 45, Frühjahr 2013]

von *Andreas Exner*

Sie wurde in den 1990er Jahren bis zum Erbrechen abgefeiert, als vermeintliche Zauberformel von NGOs und BewegungsaktivistInnen, vom Greenpeacekonzern abwärts bis zur kleinsten Bürgerinitiative. Der Erfolg war ihr sicher. Doch seit einiger Zeit hat die »Nachhaltigkeit« ihren Abstieg angetreten, wie es aussieht. »Nachhaltigkeit« war zwar immer sehr schwammig gefasst, was einen guten Teil ihres Erfolgs ausmachte, doch immer speiste sich die Attraktivität der Rede von der »Nachhaltigkeit« aus einer behaupteten Differenz zum Status quo. Je mehr sich jedoch das, was als »nicht nachhaltig« galt, verfestigte und sogar verschlimmerte, desto mehr erschöpfte sich die ausufernde Nachhaltigkeitsrhetorik in einem ideologischen Leerlauf.

Die Wurzeln der Nachhaltigkeit

Eine allzu häufig zitierte Definition von Nachhaltigkeit wurde 1987 veröffentlicht. »Dauerhafte Entwicklung«, später meist als »nachhaltige Entwicklung« firmierend, sei, so der Brundtland-Report *Our Common Future*, eine »Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.

Die Nachhaltigkeit war ein Kind der Krise. Die von der UNO 1983 eingesetzte Kommission zu Umwelt und Entwicklung, die besagten Report unter Leitung der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland publizierte, hält gleich zu Beginn in Hinblick auf die damaligen Krisen der Umwelt, der Entwicklung und Energie fest: »Dies sind keine voneinander getrennten Krisen«, ja mehr noch: »Sie sind alle eins.«

Mehrfach problematisiert der Bericht die wachsende Armut und Ungleichheit, »food security« und den Klimawandel. Seine Innovation bestand darin, Umwelt und Entwicklung zusammenzudenken und auch Entwicklung im Norden zu hinterfragen.

Der Brundtland-Report zielte von vornherein auf eine Erholung der wirtschaftlichen Wachstumsraten, also darauf, das wieder herzustellen, was nicht zuletzt der soziale Protest, der seit dem Ende der 1960er Jahre dramatisch angewachsen war, in Bedrängnis gebracht hatte: »Was wir nun brauchen, ist eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums«, tönt die Ministerpräsidentin in *Our Common Future*, »Wachstum, das kraftvoll ist, und zugleich sozial und ökologisch nachhaltig«.

In diesem ersten Kerndokument sind die Grundbausteine des Nachhaltigkeitsdiskurses, wie er bis vor einiger Zeit ökologische wie viele ökonomische Diskussionen beherrschte, bereits präsent: die Betonung eines gemeinsamen Interesses antagonistischer Gruppen, das die Basis für Wirtschaftswachstum abgeben soll, letztlich allen zugutekommen und Hunger und Armut beseitigen sowie Ungleichheit mildern würde. Wachstum soll seine Qualität verändern, wird gefordert, doch gerade die Nachhaltigkeit will Wachstum auch beschleunigen. Win-win-Erzählungen, wonach gut für alle ist, was gut ist für das Kapital, gibt es schon solange der industrielle Kapitalismus existiert. Neu ist im Nachhaltigkeitsdiskurs allerdings die Konstruktion eines allgemeinen

Menschheitsinteresses, das sich aus ökologischen Problemlagen ableiten soll.

Für den Turboboost der Nachhaltigkeit sorgte 1992 die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) in Rio de Janeiro. Die Dominanz der USA war im Zuge der Schuldenkrise des Südens zu diesem Zeitpunkt wieder hergestellt, der Ostblock war zusammengebrochen, die führende Weltmacht erlebte ihre »Belle Époque«. Nach den auslaufenden Protestbewegungen der 1980er Jahre, von den weltweiten Hungerrevolten über die Häuserkämpfe der Autonomen bis zu den Anti-AKW-Bewegungen, war relative Ruhe eingeleitet. Die linke Sozialwissenschaft sprach nun vom Post-Fordismus.

1992 erstrahlte die zuvor noch etwas düster eingefärbte »Nachhaltigkeit« als das neue ideologische Leitbild im Glanz des triumphierenden Kapitalismus. Die Abschlusserklärung von Rio enthielt eine Reihe von im Mund der Konferenzdelegationen durchaus hohlen Phrasen wie dem »Ende des Hungers«, die schon den Brundtland-Report zierten, konkretisierte allerdings auch einige der neuen Kerngedanken der Nachhaltigkeitsideologie.

Der schon 1987 ausgerufene Waffenstillstand zwischen »Ökologie« und »Ökonomie«, das heißt zwischen Protestbewegungen unter dem Banner des Umweltschutzes auf der einen und der kapitalistischen Verwertungs- und Ausbeutungsmaschinerie auf der anderen Seite, wurde nun als Verpflichtung zum »Environmental Impact Assessment« und zur »Internalisierung ökologischer Kosten« ausbuchstabiert. Die im Brundtland-Report noch groß geschriebene Sorge vor der wachsenden Weltbevölkerung schrumpfte dagegen zu einem Halbsatz.

Die UN-Konferenz war der Höhepunkt der Nachhaltigkeit als einer Ideologie des Aufbruchs, zur Ablösung der ungetrübten Fortschrittsideologie der Nachkriegszeit. Zu sehr war diese von der Kritik der 1970er Jahre und den Krisen der 1980er Jahre angekratzt. Doch im Verlauf der zunehmenden Instabilitäten der neoliberalen Globalisierung, der Asienkrise 1997, dem Platzen der Dotcom-Blase 2001 und nicht zuletzt aufgrund der scheinbar unlösbaren Problematiken von Klimawandel und Artensterben, zwei Kernthemen des Brundtland-Reports und der Rio-Konferenz, verlor sich die euphorisierende Wirkung der »Nachhaltigkeit« mit der Zeit, auch wenn sich der Begriff als fest eingefahrenes Sprachmuster fort schreibt.

Mit Ausbruch der globalen zunächst Finanz-, dann Wirtschaftskrise seit etwa 2008, die mit einer starken Steigerung von Energie-, Lebensmittel- und Wohnkosten einherging und zum Teil die Legitimität staatlicher Politiken und politischer Systeme unterminiert hat, scheint die ideologische Stabilität des kapitalistischen Weltsystems erneut in eine große Krise geraten zu sein. Man fühlt sich an die mehr als zwanzig Jahre zuvor im Brundtland-Report angesprochene »Mehrfachkrise« erinnert, mit durchaus ähnlichen Komponenten, nun allerdings auf einer bei Weitem größeren Stufenleiter.

Die Krise der Nachhaltigkeit

Der Nachhaltigkeitsdiskurs griff die »Kritik der Industriegesellschaft« der 1970er Jahren auf. Er reflektierte zudem das zuerst im Süden, dann im Osten Scheitern der nachholenden Modernisierung. Dies geschah jedoch in selektiver Form. Während die »Kritik der Industriegesellschaft« immer auch kapitalismuskritische Untertöne besaß, bestärkte die Nachhaltigkeit den Kapitalismus. Die Kritik am Wachstum, die mit diesen Untertönen verbunden war und bis weit in bürgerliche Debatten reichte, wurde in verzerrter Form aufgenommen, als eine qualitative Veränderung von Wachstum.

Die diskursive Strategie der Nachhaltigkeit besteht darin, einige wesentliche Problematiken des Kapitalismus anzuerkennen, nur um durch eine Verschärfung kapitalistischer Mechanismen deren Lösung in Aussicht zu stellen. Dazu gehört die Steigerung der Effizienz im Ressourcenverbrauch, die Internalisierung von ökologischen Kosten durch eine weitere Ausdehnung des Marktprinzips auf die Natur und die Hoffnung auf innovative Durchbrüche bei erneuerbaren Energietechnologien. Über allem schwebt das Win-win-Paradigma, wonach alle Widersprüche versöhnt würden, wenn nur alle Akteure marktwirtschaftlich denken und handeln, und das Wirtschaftswachstum fördern. Konkret begründet die Nachhaltigkeit etwa den Emissionshandel, die Vorstellung von grünem oder

qualitativem Wachstum, von ökologischem oder ethischem Konsum, und die Ökosteuer.

Für die Nachhaltigkeit ist wirtschaftliches Wachstum zentral und die Vorspiegelung, zur Lösung von Umweltproblematiken beizutragen. Beide Komponenten sind seit etwa 2008 zunehmend prekär geworden. Der Nachhaltigkeitsdiskurs erfüllt immer weniger die Erwartungen des Kapitals, noch kann er die neuen, anschwellenden Kämpfe der Subalternen adäquat einfangen und so eine Perspektive politischer Stabilität darstellen. Mit »Kämpfe der Subalternen« wird hier ein breites Spektrum gefasst. Das sind zum Beispiel die massenhaften Proteste von ins Elend stürzenden Lohnabhängigen an der Peripherie Europas oder die von Land Grabbing und Konkurrenz bedrohten KleinbäuerInnen, die sich in der wirkungsvollen La Via Campesina organisieren und Kampf mit politischen Forderungen verbinden. Sie umfassen ebenso einzelne Strömungen und Gruppen auch in den Zentren, die einen Gegenpol zur NGOisierten Umweltbewegung zu bilden beginnen. Ganz allgemein scheinen Streiks und andere Formen des Protests – auch an unerwartetem Ort, wie etwa im Fall des Flüchtlingsprotests in Wien – in den letzten Jahren deutlich zuzunehmen. Sie konterkarieren praktisch das für die Nachhaltigkeit zentrale Motiv des Win-win.

Ganz im Gegenteil geraten die vorherrschenden Strategien der Nachhaltigkeit, allen voran der Umstieg auf Agrotreibstoffe, zu neuen Katastrophen, wie die medial prominente Debatte um das Land Grabbing illustriert.^[1] Die im Vergleich zu den damals so genannten Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre nun »neuen sozialen Bewegungen« verlangen nicht nach Nachhaltigkeit, sondern z. B. nach Ernährungssouveränität.

Auf der anderen Seite kann ein neues Wachstumsregime, nach dem das Kapital Ausschau hält, realistischerweise kaum mehr in einer Fortsetzung bisheriger Strategien gründen. Das Kapital muss den nicht zuletzt durch das Erreichen des Peak Oil^[2] objektiv notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien ins Zentrum rücken und sich den erweiterten Zugang zu Naturressourcen sichern.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs spaltet sich daher auf. Im Diskurs der *Green Economy* verengt sich sein ehemals breiter Horizont auf die Suche nach einem neuen Wachstumsregime des Kapitals auf der Höhe der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Sie sollte der Rio-Nachfolgekonferenz 2012 ein ideologisches Glanzlith aufsetzen, doch hält sich ihr Charme augenscheinlich in Grenzen. Das verwundert nicht, denn sie kocht nur die Rezepte der Nachhaltigkeit noch einmal unter einem neuen Titel auf. Die *Green Economy* taugt weder als innovative Wachstumsstrategie noch antwortet sie auf die zunehmenden Krisen anders als mit einer Durchhalteparole. Ihre Reichweite ist daher gering.

Die Stelle des ideologischen Überschusses im Nachhaltigkeitsdiskurs dagegen, die für ein durchschlagendes Projekt gesellschaftlicher Stabilisierung wichtig ist, droht in den Wirren und der Gewalt der kapitalistischen Vielfachkrise von Ernährung, Energie, Klima, Finanzen, Wirtschaft, Sozialem und der staatlichen Politik zu verwaissen, wäre da nicht – die Resilienz.

Während viele Linke erst vor einigen Jahren die Bedeutung des Diskurses der Nachhaltigkeit anerkannten, der sich weit vor ihrer Wahrnehmungsschwelle zuerst in suprastaatlichen Gremien entwickelt, dann über NGOs vermittelt, und schließlich in diversen kleinbürgerlichen Milieus verbreitet hatte, ist heute vielen im deutschen Sprachraum »Resilienz« noch unbekannt. Doch schon allein die sehr rasch anwachsende Zahl von wissenschaftlichen Publikationen dazu deutet eine ähnliche Entwicklung wie im Fall der Nachhaltigkeit an. Während bis 1999 die Zahl von *Papers* mit dem Schlagwort Resilienz unter 200.000 pro Jahr lag, betrug sie 2010 bereits 1,4 Millionen.^[3] Im englischen Sprachraum wird Resilienz innerhalb der ökologisch orientierten Bewegungen vor allem im Peak-Oil-Diskurs, der dort relativ große Breitenwirkung hat, als Kernbegriff geführt. Das im angelsächsischen Raum, insbesondere in Großbritannien populäre *Transition Town Movement* etwa spricht kaum mehr von Nachhaltigkeit, sondern von Resilienz als Zielbestimmung. ^[4]

Die Frage, ob der Resilienzdiskurs den der Nachhaltigkeit ablöst, wird die Realentwicklung beantworten. Sicher jedenfalls scheint, dass der Resilienzbegriff einen zunehmenden Stellenwert

erhält und die Nachhaltigkeit nicht mehr allein das Feld der Ökologie bestimmt.

Resilienz und permanente Krise

Der Begriff der Resilienz geht, wie einzelne Elemente der Rede von der Nachhaltigkeit, auf die Krise der 1970er Jahre zurück. An ihrem Anfang stehen die Arbeiten des Ökologen Crawford Stanley Holling. Sein bahnbrechender Artikel *Resilience and Stability of Ecological Systems* aus dem Jahr 1973 begründete die Ungleichgewichtsökologie und löste damit die bis dahin dominierenden Modelle eines ökologischen Gleichgewichts ab. Holling stellt fest, dass die ökologische Krise unzureichenden ökologischen Theorien geschuldet sei. Anstelle eines statischen Gleichgewichtsmodells mit dem Fokus auf der Stabilität eines Systems plädiert Holling für eine Perspektive der Resilienz: »Resilienz bestimmt die Aufrechterhaltung von Beziehungen in einem System und misst die Fähigkeit dieser Systeme, die Veränderung von Zustandsvariablen, Antriebsfaktoren und Parametern abzupuffern, und sich selbst zu erhalten.« Stabilität dagegen, so Holling, »besteht in der Fähigkeit eines Systems, zu einem Gleichgewichtszustand nach einer zeitweisen Störung zurückzukehren.«

Diese Definition ist nach wie vor die dominierende, auch das Buch *resilience* von Andrew Zolli und Ann Marie Healy definiert 2012 Resilienz als »die Fähigkeit eines Systems, eines Unternehmens oder einer Person, ihre grundlegenden Ziele und ihre basale Integrität angesichts dramatisch veränderter Umstände aufrechtzuerhalten.« Es geht bei Resilienz anders gesagt um eine flexible Krisenfestigkeit, um eine ständige Anpassung von sozialen Einheiten oder auch von Individuen an Stressoren, Brüche und Schocks.

Holling betont, dass die Resilienzperspektive besser der Natur entspricht. Ihr zuwider zu handeln, führe daher paradoxerweise zu einer Destabilisierung von Systemen, sodass eine kleine Störung, die das System normalerweise absorbieren kann, nun einen Zusammenbruch auslösen könne.

Die Innovation von Holling bestand nicht nur in der Veränderung einer innerwissenschaftlichen Perspektive. Holling ging davon aus, dass auch soziale und wirtschaftliche Dynamiken nur mit dem Blickwinkel der Systemtheorie zu verstehen und im Sinn der Resilienzperspektive zu gestalten seien. Die von Holling 1999 ins Leben gerufene *Resilience Alliance* wirkte als wissenschaftspolitischer Stoßtrupp mit gesellschaftspolitischer Zielrichtung. Sie ist inzwischen mit dem *Stockholm Resilience Centre* eng verbunden, das WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung zusammenbringt. Diese Institutionen betreiben Lobbying für die Resilienzperspektive und arbeiten an der Operationalisierung des Resilienzkonzepts, getreu der Vision einer Supertheorie, die nun nicht mehr die Physik des 19. Jahrhunderts, sondern die Ökologie im Holling'schen Sinn abgeben soll.

Der Resilienzansatz der *Resilience Alliance* popularisiert sich inzwischen. Das für Laien geschriebene Buch *Resilience thinking* von den Ökologen Brian Walker und David Salt aus dem Jahr 2006 fragt auf dem Cover paradigmatisch: »Wie können Landschaften und Gemeinschaften Störungen absorbieren und ihre Funktionen aufrecht erhalten?« Andere, wie Zolli und Healy, gehen noch weiter. Sie schlagen einen schier nicht enden wollenden Bogen, den die Resilienzperspektive zusammenhalten soll: von der so genannten Terrorismusbekämpfung und neuer Kriegsführung, vom Management elektrischer Netzinfrastrukturen und der Selbstorganisation humanitär ausgerichteter sozialer Netzwerke im Internet, über die Erhaltung von Regenwäldern bis hin zu Entwicklungshilfe, dem Schicksal von Korallenriffen und der Sozialarbeit in einem US-amerikanischen Problembezirk.

Die AutorInnen machen deutlich, worin der kapitalistische Gebrauchswert der Resilienz zu sehen ist. Die Kernbotschaft ist: Krisen sind nicht zu verhindern, wir können uns lediglich daran anpassen. Damit verbindet sich die Mahnung, keine allzu großen Bemühungen zur Stabilisierung von Systemen zu unternehmen, denn der bewusste Ausgleich von Schwankungen, die Sistierung von Störungen, so bereits Holling 1973, führe unweigerlich zu noch größeren Störungen, ja zum Zusammenbruch eines Systems.

Anpassung an die Gefahr von Krisen bedeutet in der vorherrschenden Sicht auf Resilienz daher

nicht eine klassische Vorbereitung für den Ernstfall, sondern ganz im Gegenteil eine nie abschließbare, permanente Einsatzbereitschaft, ein Notfall auf Dauer. Die Katastrophe soll das Denken und Handeln bestimmen, die Normalität soll von ihrem Zusammenbruch her gesehen und geschützt werden. Die imaginierte Katastrophe ist dabei völlig unbestimmt, sie kann in einem Terrorangriff wie im Ausbruch einer Seuche, in einer Energiekrise wie in einem Hurrican bestehen.

Der Unterschied zur Nachhaltigkeit ist deutlich. Gesellschaftlicher Wandel wird nicht mehr von einem starren System von Benchmarks her gedacht, sondern als ein unaufhörlicher Prozess der vorseilenden Anpassung an unvorhersehbare, unbekannte und nicht abwendbare Katastrophen. Die Resilienz tendiert daher zur Paranoia und bietet sich als Ideologie des permanenten Ausnahmezustands an, den der Kapitalismus in seiner großen Krise zu Beginn des 21. Jahrhunderts schafft. Während die Nachhaltigkeit immer noch das Bild einer möglichen Lösung von Krisen transportierte, ja, sich daraus speiste, verzichtet der Resilienzdiskurs darauf.

Resilienz legt nicht einmal mehr den Fokus auf Wirtschaftswachstum. Systemerhalt ist ihre Devise. Was da, warum erhalten werden soll, steht zumeist nicht zur Debatte. Dass es an wesentlicher Stelle um die Resilienz der Kapitalverwertung geht, muss nicht extra betont werden. Das Anliegen des Erhalts der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ergibt sich schon strukturell aus dem Resilienzansatz, wie ihn die *Resilience Alliance* prägt. Dass Resilienz praktisch vor allem als Erhalt des bestehenden Systems verstanden wird, machen die rasche Verbreitung von Resilienzkonzepten in der Finanzwelt seit 2008 und im Zusammenhang mit Terrorbekämpfung seit 2001 deutlich.

Dabei ist die Zentrierung auf sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum, so darf man vermuten, deshalb nicht mehr notwendig, weil dieser Resilienzdiskurs die Legitimität des kapitalistischen Systems auf einer noch tieferen, gefährlicheren Ebene herzustellen sucht als in einem auf Warenkonsum ausgerichteten Konsens: in der Behauptung der Unvermeidlichkeit von Krisen, ja schlimmer noch, von immer wiederkehrenden Katastrophen. Der soziale Zusammenhalt soll nicht mehr wesentlich aus dem Versprechen von Prosperität, Fortschritt und einer besseren Zukunft erwachsen, wie noch in der Nachhaltigkeit. Zusammenhalt soll sich vielmehr aus der gemeinsamen Verteidigung gegen einen unsichtbaren Feind speisen, der ebenso viele Namen hat wie der Kapitalismus Krisen.

Es ist auffallend, dass die Resilienz den ethisch-normativen Charakter der Nachhaltigkeit abstreift. Während noch dem affirmativsten Verständnis von Nachhaltigkeit die vage Idee eines guten Lebens zugrundeliegen musste, gilt dies für die Resilienz nicht mehr. Sie versteht sich als eine abstrakte Systemwissenschaft der Aufrechterhaltung von was auch immer. Während der durchschnittliche Nachhaltigkeitsanhänger davor zurückschrecken dürfte, am Beispiel von Al Kaida als Best Practice zu lernen, trifft das auf die Resilienz nicht mehr zu. Das US-Militär, so z. B. Zolli und Healy mit Verweis auf die strategische Resilienzforschung, sollte seine Krisenfestigkeit dadurch erhöhen, dass es die Resilienzfaktoren, die Al Kaida so effektiv machte, beherzige. Die Resilienzforschung sieht auch kein Problem darin, die Erkenntnisse der Meditationsforschung für die Effizienz von Soldaten im Ernstfall zu nutzen. Kritikfähigkeit soll durchaus gelernt werden, denn, das zeigten Forschungen, »kognitive Diversität« sei ein wichtiger Faktor der Resilienz.

Das Motto der Resilienz lautet alles in allem nicht mehr *Our Common Future*, sondern *Our Common Fate*.^[5] Genauso wenig wie es in einer tief entlang von Klassen (und darin einbegriffen: nach Geschlecht und Ethnizität) gespaltenen Gesellschaft eine gemeinsame Zukunft geben kann, genauso wenig gibt es ein gemeinsames Schicksal angesichts von Krisen. Die gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Regionen sind hochgradig unterschiedlich von Krisen betroffen und auch die Möglichkeiten, sich auf Krisen einzustellen oder sie zu bearbeiten, unterscheiden sich entsprechend.

Deutungsfenster und soziale Kämpfe

Die Resilienz entspricht einem wachsenden Bedürfnis des Kapitals und staatlicher Apparate, sich gegen Krisen ihrer Dominanz zu wappnen, die Stabilität des Finanzsystems und der sozialen

Ordnung zu gewährleisten und für Zustimmung oder politische Passivität angesichts von Elend, Ausbeutung und Katastrophen zu sorgen. Die Systemtheorie, für manche schon lange der Kandidat einer neuen Leitwissenschaft, kommt möglicherweise erst in der Vielfachkrise des Kapitalismus zu ihren Ehren. Einen pessimistischen Schluss daraus ziehen Melinda Cooper und Jeremy Walker. Sie meinen, dass die Resilienztheorie als allgemeine Systemtheorie in ihrem eigenen Rahmen nicht kritisiert werden könne. Sie müsse daher, »wenn überhaupt, auf komplett anderem Terrain kritisiert werden, nämlich durch eine intellektuelle Bewegung, die wirklich anti-systemisch denkt.«^[6]

Ob man den Resilienzdiskurs in dieser Klarheit ablehnen muss, scheint jedoch noch offen. Die theoretische Vision des neoliberalen Ökonomen und Philosophen August Friedrich von Hayek, die mit der Resilienztheorie von Holling eine unheilige Verbindung eingegangen ist, ist zwar eine dominante, aber nur eine der möglichen Stoßrichtungen. Die Betonung der Selbstorganisation etwa ist nicht von vornherein anti-emanzipatorisch, Hayeks Verständnis setzt den Markt voraus, was freilich in keiner Weise denkbare Voraussetzung ist. Der Aufstieg des Neoliberalismus konnte nur gelingen, weil er Forderungen der Kämpfe nach 1968 in sein Projekt aufzunehmen verstand; wenngleich widersprüchlich und mit ambivalenten, zum Teil auch verheerenden Auswirkungen. Die in die Idee der Selbstorganisation eingelassene Forderung nach Selbstbestimmung gehört dazu.

Die Problematik besteht gerade darin, dass das Prinzip der Selbstorganisation nicht radikal genug gefasst wird. Das bedeutet nicht, der Neoliberalismus wäre ein zu kurz geratener Kommunismus. Aber es heißt, dass die Gegenposition zum vorherrschenden Resilienzbegriff, der die Selbstorganisation von sozial-ökologischen Systemen betont, keine Rückkehr zum Glauben an den Staat sein muss und im Lichte emanzipatorischer Bewegungen auch nicht sein kann.

Entsprechend besteht die Problematik der Resilienz nicht unbedingt in ihrem Wortsinn, und auch nicht in all ihren Interpretationen. Auffallend ist, dass auch Bewegungen und Theoretisierungen mit emanzipatorischer Anschlussfähigkeit sich der Resilienz bedienen. Michael Lewis und Pat Conaty argumentieren beispielsweise in *The Resilience Imperative*, das sich »kooperativen Übergängen in eine Steady-State-Ökonomie« widmet, mit Hilfe der Resilienzkriterien für solidarische Ökonomien und Commons. Zwar schleppen sie die Marktaffirmation der meisten linken Genossenschaftsaktivisten mit sich herum und ihre zumindest skeptische Haltung gegenüber staatlichen Sicherungen ist äußerst problematisch. Allerdings kommt dabei noch lange keine Krisenvorsorge in Permanenz heraus, sondern eher eine Umwertung von Resilienz in kapitalismuskritischer Stoßrichtung. Ähnlich ist auch Geoff Wilson zu verstehen, dessen Lehrbuch zu *Community Resilience and Environmental Transitions* sich klar vom Ansatz der *Resilience Alliance* abgrenzt und im übrigen der Selbstorganisation von Communities dezidiert keine Wunder zutraut.

»Sozialkapital« gilt in der Resilienzforschung weithin als ein Schlüssel. Zwar ist der Begriff selbst dem Begriffsimperialismus des Kapitals geschuldet. Auch stehen Commons und »Sozialkapital« keineswegs schon als solche dem Kapitalismus entgegen, sondern bilden seine notwendige Grundlage und widersprüchliche Begleiterscheinung. Doch bezeichnen das »Sozialkapital« und dessen organisierte Ausdrucksform, die Commons, tatsächlich den Ausgangspunkt des Kommunismus und seinen vollgültigen Inhalt: soziale Beziehungen im Unterschied zum Markt – freilich unter der Bedingung, dass diese in Gleichheit und ohne Zwang eingegangen werden, was weder beim heutigen »Sozialkapital« noch bei den Commons notwendigerweise der Fall ist.

Auch hier gilt es, nüchtern zu bleiben. Sicherlich ist es ein Fortschritt, wenn der ökologische Diskurs von der Staatsillusion der Nachhaltigkeit Abschied nimmt und den globalen Konferenzzirkus als das nimmt, was er ist. Allerdings dürfte sich in dieser Innovation bereits ein Moment der Krisenbearbeitung andeuten, das dem Kapitalismus seit jeher immanent ist. Während weder der Staat seiner Prärogative entledigt, noch das Kapital seiner Ressourcen beraubt werden sollen, zielt man darauf, die Krisenkosten der limitierten Selbstorganisation den Gemeinschaften aufzubürden.

Was also soll das: Resilienz?

Nicht zuletzt über Rob Hopkins, der das im angelsächsischen Raum bekannt gewordene *Transition Town Movement* begründete, ist der Resilienzdiskurs in die Peak-Oil-Debatte eingeflossen. Es ist überhaupt auffällig, wie schon erwähnt, dass dort von Nachhaltigkeit kaum je die Rede ist, Resilienz dagegen den Kernbegriff bildet. Zumeist verbindet sich damit allerdings eine zu simple Sicht lokaler Subsistenz, die zudem recht weit von dem auch in den aktivsten Transition-Town-Gemeinden Erreichten entfernt bleibt und erneut eine befriedende ideologische Funktion ausübt.

Zugleich wird Transition dort stark ethisch-normativ gefasst und das damit verbundene »gute Leben« in den Mittelpunkt gerückt. Peak Oil soll als Anlass dafür dienen, das endlich umzusetzen, was man ohnehin schon immer tun wollte, so heißt es: besser Leben. Auch im Rahmen der *Transition Towns* geht es freilich nicht wesentlich um eine Überwindung von Herrschaftsverhältnissen. Stattdessen erwartet man sich von der Hinwendung zum Lokalen kurzschlüssig eine höhere Lebensqualität, eine Sichtweise, die Geoff Wilson durchaus problematisiert.

Der Resilienzdiskurs hat gegenüber der Nachhaltigkeit gewisse Vorteile. Namentlich seine normative Offenheit, was den Gegenstand der Resilienz angeht, macht ihn für eine ökologiekritische Umkehrung geeignet, den Versuch einer Entwendung in einem an den Situationismus angelehnten Sinn. Während die Nachhaltigkeit noch konsistent benennen konnte, was nachhaltig sein soll, nämlich ganz explizit Wirtschaftswachstum, Marktwirtschaft, die Politik und Warenkonsum, so gelingt das der Resilienz gerade aufgrund ihres inhaltsleeren Systemfetischismus kaum noch.

Resilient kann alles sein, vom Antisemitismus bis zu Al Kaida, und dies sagt noch nichts über die Wünschbarkeit von Resilienz. Geoff Wilson, der wie beschrieben einen sozialwissenschaftlichen Gegenpol zur systemtheoretischen Superperspektive der *Resilience Alliance* bietet, benennt klar die Unmöglichkeit einer In-einem-Aufwasch-Resilienz und dekonstruiert trotz seines positiven Bezugs auf den Begriff der Community – im Englischen nicht mit dem Geruch der rechten Tümelei wie im Deutschen verbunden – die Vorstellung eines homogen-harmonischen Sozialzusammenhangs mit einheitlichen Interessen. Gerade die ethisch-normative Offenheit des Resilienzdiskurses ist seine offene Flanke gegenüber einer Bewegung, die auf die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse zielen muss.

Gegenstand der Resilienz könnten, anstelle der bestehenden herrschaftlichen Ordnung, ebenso gut die bedarfsorientierte Produktion und Verteilung von Gebrauchswerten und ein gutes Leben für alle sein. Als Störfaktoren müssten dann Kapital und Staat gelten, das Ziel von Resilienz wäre nicht die Optimierung einer Krisenvorbereitung in Permanenz, sondern ganz im Gegenteil die Ausschaltung der Krisenursache »Kapital«. Resilient müssen soziale Kämpfe und militante Bewegungen sein.

Ob eine solche Deutung greift, hängt freilich nicht nur von kritischen Intellektuellen ab, die Resilienz auf emanzipatorische Weise rekonstruieren; das Potenzial dafür ist momentan sehr gering. Damit ist auch nicht gesagt, dass es einen Anlass zu Optimismus angesichts der möglichen Ablöse der Nachhaltigkeit durch die Resilienz gäbe. Vielmehr geht es darum, ein Bild von den Potenzialen und Grenzen eines entstehenden Diskurses zu gewinnen. Ebenso wenig wie es eine gangbare Strategie war, sich aus der Nachhaltigkeitsdebatte herauszuhalten, wie das viele Linke anfangs dachten, wird sich dies in Bezug auf Resilienz als sinnvoll erweisen, sofern sich der Resilienzdiskurs tatsächlich verbreitet.

Weitaus bedeutender als theoretische Bemühungen sind jedoch soziale Kämpfe, die zu einer umfassenden Herrschaftskrise führen müssten, die sich wie immer in großen Krisen (und nur dann), als historische Möglichkeit am Horizont des Kapitalismus abzeichnet.

Andreas Exner

Der Autor ist Ökologe, lebt in Graz und betreibt www.social-innovation.org.

[1] Land Grabbing bedeutet übersetzt so viel wie Landraub. Damit wird vor allem die seit 2008 stark zunehmende Aneignung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen seitens kommerzieller Investoren bezeichnet.

[2] Peak Oil bezeichnet das globale Ölfördermaximum, die maximale Förderrate der weltweiten Erdölproduktion, auf die eine, globale Verringerung der Ölförderung und damit auch eine Verknappung des Rohstoffs folgt.

[3] Die Daten sind einem unveröffentlichten Forschungsbericht von Julian Matzenberger, TU Wien, entnommen.

[4] Die Transition Town Bewegung, in etwa Bewegung für eine Stadt des Übergangs/Wandels, thematisiert Peak Oil als zentrales Problem, ausgegangen von Großbritannien sammeln sich inzwischen weltweit Initiativen unter diesem Begriff. Für den deutschsprachigen Raum siehe www.transition-initiativen.de.

[5] Statt *Unsere gemeinsame Zukunft* also *Unser gemeinsames Schicksal*.

[6] Melinda Cooper, Jeremy Walker: Genealogies of Resilience: From Systems Ecology to the Political Economy of Crisis Adaptation, in: *Security Dialogue*, 41(2), 2011.

Mathias Lux says:

[10. September 2013 at 15:30](#)

Außer der Tatsache, dass es ein lesenswerter Artikel über eine uns alle in Zukunft sehr stark tangierende Problematik ist, finde ich es sehr bedauerlich, dass die gewählten sprachlichen Begriffe für "Normalsterbliche" kaum zu verstehen sind.

Wem und vor allem was will der Autor eigentlich erzählen? Wenn Resilienz zum praktischen Gebrauch sein soll, dann muß er so herübergebracht werden, dass wenn schon nicht alle, dann doch eine Mehrheit in erstmal überhaupt verstehen können.

Es ist schade, dass soviel geistige Denkarbeit, scheinbar systemimmanent nicht für alle lesbar verfasst wird.

Mit freundlichem Gruß

Mathias Lux

[11. September 2013 at 12:26](#)

Hi Mathias,

Danke für Deine Nachricht. Das Publikum des Artikels ist erst Mal jenes der Zeitschrift "Phase 2", die mich um einen Text zur Nachhaltigkeit gebeten hatte. Dabei handelt es sich vor allem um in der radikalen Linken aktive Intellektuelle, würde ich mal vermuten.

Was ich sagen möchte ist, kurz und in Worten ohne Jargon: Auf die globale Mehrfachkrise, die der Kapitalismus verursacht, antworten die Eliten mit einem neuen Konzept, das der "Resilienz". Dabei geht es vor allem darum, dass Menschen möglichst ohne staatliche Unterstützung und ohne die herrschenden Eigentumsverhältnisse (fast alles gehört den Kapitalisten) anzugreifen, sich selbst helfen sollen. Das kann nicht funktionieren und soll nach dem Willen der Eliten auch gar nicht dazu führen, dass der Kapitalismus überwunden wird, der diese Krise ja erst verursacht. Eher dient die Rede von der "Resilienz" der Vorbereitung eines permanenten Ausnahmezustands: die Leute sollen an Krisen gewöhnt werden, sie als nicht vermeidbar akzeptieren. Allerdings gibt es noch andere Interpretationen von "Resilienz", die aber bisher eher geringe Bedeutung haben. Dabei wird "Resilienz" unter anderem mit der Entwicklung von Formen Solidarischen Wirtschaftens verbunden. Diese Versuche bleiben jedoch eher widersprüchlich oder zweideutig, denn auch sie lenken von der zentralen Rolle des Kapitalismus und sozialer Kämpfe dagegen ab.

Ist das verständlicher?

Dabei muss man glaub ich auch sehen, dass auch "Resilienz" selbst noch als "Fremdwort" wahrgenommen wird, ähnlich wie Nachhaltigkeit vor sagen wir 20 Jahren. Und auch Nachhaltigkeit ist ja den meisten Leuten nicht verständlich außerhalb von NGO-Kreisen.

LG Andreas